

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
Direktion
Bahnhofstr. 5
Postfach
4410 Liestal

Liestal, 30. Oktober 2014

Vernehmlassung

zur Änderung des Gesetzes über Jagd- und Schutz wildlebender Vögel (Jagdgesetz), Änderung des Fischereigesetzes und Fischergesetzes und damit verbundenen Änderung der Kantonsverfassung

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Weber
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur erwähnten Änderung der obengenannten Gesetze respektive zur Verfassungsänderung Stellung zu nehmen, wofür wir Ihnen bestens danken.

Bei der Übertragung des Pacht- und Fischereiregals von den Gemeinden auf den Kanton stellt die FDP.Die Liberalen einmal mehr eine Zentralisierungstendenz des Kantons fest. Diese lehnen wir grundsätzlich ab, auch wenn dadurch allenfalls wird nebst des kostenneutralen Vollzuges der Gesetzgebung auch eine Einheitlichkeit bei der Vergabe von Pachten gewährleistet wird. Zudem wäre bei einer Zentralisierung zumindest zu prüfen, ob bei dieser Gelegenheit die in anderen Kantonen gängige Pachtjagd anstelle der Revierjagd eingeführt werden kann.

Die Aufhebung der Oberbegrenzung für die Anzahl Pachten erachten wir ebenfalls als sinnvoll.

Fraglich ist für uns die Beteiligung der Jagdgesellschaften an den Wildschäden. Diese Regelung lehnen wir ab, denn die Häufigkeit und Heftigkeit der entstehenden Schäden hängt nicht notwendigerweise mit der Population des Schwarzwildes in einem Jagdrevier zusammen. Insbesondere wenn der Kanton die Grenzen der Jagdreviere neu definieren soll, führt dies unter Umständen zu einer Benachteiligung von Jagdgesellschaften. Wir lehnen somit die Beteiligung der Jagdgesellschaften an den Wildschäden ab.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen
FDP.Die Liberalen Baselland



Christine Frey
Parteipräsidentin

Erstellerin: Monika Naef, Präsidentin der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission der FDP BL